

SPD würdigt Bürgerantrag als „tolles Signal“

GIESSEN (red). Die Zulassung des Bürgerantrags „Klimaschutz in Gießen“ durch den Magistrat stößt auf Zustimmung bei der SPD-Stadtverordnetenfraktion. „Das ist ein tolles Signal, das zeigt, die Bürgerbeteiligung in Gießen lebt“, betont der Vorsitzende Christopher Nübel in einer Pressemitteilung. Zugleich weist er darauf hin, dass es insbesondere auf Bestreben von Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz und der Gießener Sozialdemokraten zur hessenweit einmaligen Bürgerbeteiligungssatzung gekommen sei. Auf deren Grundlage können Bürger direkte Anträge an die Stadtverordnetenversammlung richten.

„Gute Diskussionsgrundlage“

Inhaltlich sei der Bürgerantrag der von „Lebenswertes Gießen“ gestarteten Initiative „2035Null“ eine sehr gute Diskussionsgrundlage. Allerdings müssten noch viele Details geklärt werden – unter anderem, ob sich die Forderung nach Klimaneutralität bis 2035 auf alle Bereiche, also Verkehr, Energie und Wärme beziehe. Der Antrag eigne sich hervorragend, das Thema positiv zu besetzen und – im Gegensatz zur oft folgenlosen „Notstands-Ausrufung“ – die Chancen einer klimaschonenden Politik, insbesondere den Einsatz erneuerbarer Energien, den Menschen nahezubringen. „Einerseits müssen wir eine Bilanz hinsichtlich der vielen Maßnahmen, die bereits in Gießen umgesetzt beziehungsweise eingeleitet wurden, ziehen. Zum anderen werden wir uns damit beschäftigen müssen, welche Projekte deutlich forciert oder neu initiiert werden müssen“, so Nübel weiter.

Weitere Vorschläge

Im Sektor Verkehr setze man beispielsweise auf eine Beschleunigung bei der Verbesserung des ÖPNV und beim Ausbau des Radwegenetzes in der Stadt. „Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zurecht eine Antwort darauf, warum seit Jahren von Fahrradstraßen in der Stadt geredet wird, es aber bis heute nur bei Ankündigungen geblieben ist.“ Auch die SPD-Fraktion erwarte hier zeitnah Ergebnisse. Obendrein kündigt er Vorschläge für die Minderungen von Kohlendioxid und die Luftreinhaltung in der Stadt an. Wenngleich nicht alles in der Hand der Kommunalpolitik liege, sondern vieles nur auf Bundes- oder Landesebene geregelt werden könne. Man sei zumindest froh, zahlreiche Mitstreiter „für ein klimafreundliches und lebenswertes Gießen zu haben“. Ausdrücklich dankt Christopher Nübel dem Verein „Lebenswertes Gießen“, der ein „zentrales Thema für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt in den Mittelpunkt der lokalen Politik gerückt hat“.